

Der amerikanische Steuerzahler soll noch mehr für UNO-Narrheiten bezahlen

geschrieben von Jae | 21. Dezember 2011

Ein Jahr nach der UNO-Weltklimakonferenz in Kopenhagen bat US-Außenministerin *Hillary Clinton*, bis 2020 mindestens \$100 Milliarden jährlich für Hilfen an die Dritte Welt zu bewilligen, damit diese Länder ihre Klimaprobleme lösen könnten, für die Amerika und der Kapitalismus verantwortlich gemacht wurden. Die Kopenhagen nachfolgende Cancun-Konferenz hat sich hauptsächlich mit der Aufstellung eines Planes beschäftigt, eine solche Verpflichtung umzusetzen. Man sprach dort zu Beginn wirklich von „Rache“. Der Plan für einen "Grünen Klimafonds" (Green Climate Fund – GCF) im Umfang von jährlich \$100 Milliarden wurde entworfen. Dessen Ziel ist nichts weniger als die grundlegende Transformation der Weltwirtschaft ... angefangen bei der amerikanischen. Wer sind die Hauptspieler? *George Soros* ist dabei, ein Vertreter der Weltbank und *Lawrence Summers* (ehemals Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats im Weißen Haus und nun Berater für Wirtschaftspolitik des Präsidenten Obama). Man sollte sehr ernst nehmen, was da anvisiert wird.

Das erste Treffen des "Grünen Klimafonds" bestand aus einer 40-köpfigen Entwurfsmannschaft genannt "Transitional Committee" (TC), es fand in Mexico City vom 28.-29. April statt. Ziel war die Vorbereitung der Spezifikation für die Arbeit des Grünen Klimafonds, der nun auf der U.N. Framework Convention on Climate Change in Durban auf der Tagesordnung stand. Man kann darauf wetten, dass das Hauptziel ist, die Strategie zu beschreiben, wie jährlich mehr als \$100 Mrd. aus den amerikanischen Verbrauchern herausgepresst werden können, und das ungehindert von parlamentarischer Genehmigung.

Den Plänen zufolge würde die UNO ein Besteuerungsrecht erhalten und dadurch aus ihrer Rolle der Beratung in die Rolle einer "Regierung" schlüpfen, die unserer nationalen Souveränität vorginge. Das steht im Einklang mit den Vorschlägen einer 20-köpfigen "hochrangigen Beratungsgruppe für die Finanzierung des Klimawandels", die vom UNO-Generalsekretär *Ban ki-Moon* einberufen worden war, um die Nationen aufzufordern, "grundlegend die Weltwirtschaft zu transformieren mit einer kohlenarmen, sauberen Energiewelt." Daraus folgten Empfehlungen zum Einführen von:

- – einer CO₂-Steuer
- – einer Steuer auf den Luft- und Seeverkehr
- – einer Steuer auf Finanztransaktionen
- – einer Steuer auf die Erzeugung von Elektrizität

- – einer Umlenkung aller Subventionen für fossile Treibstoffe in internationale Klima-Aktionen

Der Fernsehsender FOX-News meldete, dass er im Besitz von Positionspapieren sei mit den Punkten, die in einem Treffen Ban ki-Moons mit seinen 60 Spitzen-Beamten während eines zweitägigen Treffens in einem Australischen Berghotel diskutiert wurden. Es ging darum, wie die UNO ihre wuchernde Organisation weiter entwickeln könnte. Die Punkte enthielten:

- • Wie der "Klimawandel" nach dem Kopenhagener Fiasko wieder höchste Priorität bekommen könnte,
- • wie man mit dem Versuch weiterkommen, die globale Umverteilung des Reichtums zur realen Basis des Klimarettungsprogramms zu machen, und wie die Diskussion weiter auf "globale Gemeinschaftsgüter" ausgeweitet werden könnte,
- • wie die U.N.-Friedensmissionen auf Aufgaben der Polizei, der Gerichtsbarkeit, des Justizwesens und andere Bereiche in bürgerkriegsgeplagten Ländern ausgedehnt werden könnten,
- • was man aus der globalen Flut von Immigranten von armen nach reichen Ländern machen könnte, einschließlich eines möglichen neuen "internationalen Leit-Netzwerks für Migration",
- • wie man Technologien geschickt nutzen könnte, um das, was die UNO "Zivilgesellschaft" nennt, stärker an sich zu binden. Das bedeutet neue Wege des direkten Zugangs zu den Interessengruppen, die die UNO-Ziele unterstützen, – vorbei an den Regierungen der UNO-Mitgliedstaaten.

Den Themen, mit denen sich die UNO-Oberen beschäftigten, lag ein Papier zugrunde mit dem ärgerlichen Thema der nationalen Souveränität. Diese verträgt sich nicht mit dem globalen Weltregierungsanspruch der UNO. Wie es in *einem anderen Papier* heißt: "die UNO sollte die Führung beim Setzen der globalen Politikziele übernehmen, sich wirksam mit anderen multinationalen und regionalen Organisationen und der Zivilgesellschaft und nichtstaatlichen Interessenvertretern verbinden, und sich selbst in ein Instrument zur Einführung von global vereinbarten Zielen wandeln." Im Papier heißt es weiter: "es ist nötig, über den Inhalt der Souveränität gründlich nachzudenken und zu erkennen, dass Veränderungen in unserer Auffassung ein gutes Anzeichen für die Richtung sind, in die wir gehen."

Und was hat diese Demontage der Souveränität mit dem Unterdrücken des Kapitalismus, der Abdämpfung des Konsums und der Umverteilung des globalen Reichtums zu tun? Eine ganze Menge.

Auf einer Eröffnungssitzung wurde erklärt: "Die echte Herausforderung kommt vom exponentiellen Wachstum der globalen Konsumgesellschaft, das von immer höheren Erwartungen der oberen und mittleren Schichten in den reichen Ländern getragen wird, wie auch von dem sich ausweitenden Bedarf

der entstehenden Mittelklasse in den Entwicklungsländern. Unser wahrer Ehrgeiz sollte es daher sein, Anreize für eine tiefgreifende Transformation der Haltungen und der Konsumstile zu setzen." Ein Papier aus Generalsekretär Bans eigenem Klimawandel-Team rief zu "nichts weniger als einer grundlegenden Transformation der globalen Wirtschaft" auf.

Die Verfolgung derartiger Zielsetzungen wird eine Menge Geld erfordern, ... unser Geld und eine neue Besteuerungshoheit. Der fabrizierte CO2-Alarmismus schafft die Begründung dafür.

Im Jahre 2004 hat das University-World Institute for Development Economics Research (UNU-WIDER) der Vereinten Nationen eine Studie veröffentlicht, die mögliche Szenarien für die Einführung einer globalen Steuer skizzierte. In der Studie wurde die Frage gestellt: "Wie können wir zusätzlich an US \$550 Milliarden für die Entwicklungshilfe kommen? Unser Interesse richtet sich darauf, Ressourcen von reichen Ländern zu Entwicklungsländern fließen zu lassen." Die Schlussfolgerung: "Eine globale Steuer kann nur durch eine konzertierte Aktion der Nationalstaaten eingeführt werden, nicht von einer einheitlichen Weltregierung ... Die Besteuerung von Umweltbelastungen ist eine sichtbare mögliche Quelle für Einnahmen." Und weiter: "Wir gehen davon aus, dass die Steuer von Einzelpersonen wie auch von Firmen in Form einer Kohlenstoff-Abgabe erhoben wird."

Eine andere, *weiter verbreitete UNU-Wider-Publikation* meint: "Die Unterstützung für eine internationale 'Kohlenstoff-Steuer' ist immer stärker geworden seit dem 1992-er UNO-Erdgipfel, der die internationale Aufmerksamkeit auf die Zerstörung der Umwelt durch den exzessiven weltweiten Einsatz von fossilen Treibstoffen lenkte ... Über 20% der Steuereinnahmen würden aus den U.S.A kommen."

So auch der deutsche Wirtschaftswissenschaftler und Mit-Vorsitzende der Arbeitsgruppe III "Milderung der Folgen des Klimawandels" des Weltklimarats (IPCC), Ottmar Edenhofer, der in einem *Interview mit Investor's Business Daily* zugab: "Der Klimagipfel in Cancun Ende des Monats [December, 2010] ist keine Klimakonferenz sondern eine der größten Wirtschaftskonferenzen seit Ende des Zweiten Weltkriegs."

In *Lord Moncktons detaillierter Analyse* [Durban 2011] kann man nachlesen, was der UNO-Vertrag alles enthält, und wie er mithilft, die Weltwirtschaft zu dezimieren, und die UNO-Bürokraten zu begünstigen. Daraus zwei Auszüge:

Grüner Klimafonds (Green Climate Fund): Die westlichen Staaten werden dazu gedrängt, "sich unverzüglich für die Startfinanzierung des Grünen Klimafonds zu verpflichten", und zusätzlich "zum Tragen der laufenden Kosten" und "zum Bezahlen der notwendigen Kosten der Aufstellung und Unterhalt des Vorstandsgremiums und des Sekretariats des Grünen Klimafonds".

Hier wollen die UNO-Bürokraten zuerst selbst ihre Organisation garantiert haben: das Geld, ihre Vergünstigungen, ihre Pensionen, bevor auch nur ein Dollar an Drittwelt-Länder geht.

Die UNO ist heute das größte Hindernis für die Beseitigung der weltweiten Armut, weil ihre gehätschelten Funktionäre so viel Geld für

sich selbst abgreifen für einen wuchernden Abkürzungs-Bürokratie-Dschungel und heroisch verrückte Projekte wie das von der Steuerung des Klimawandels.

Es ist Zeit für die Abschaffung.

Von *Larry Bell, Forbes*

Über dem Autor: *Larry Bell* ist Professor und Stiftungsprofessor an der University of Houston. Er ist Gründer und Leiter des Sasakawa International Center for Space Architecture und Leiter des Graduiertenprogramms für Weltraumarchitektur. Er hat kürzlich ein neues Buch mit dem Titel: "Climate of Corruption: Politics and Power Behind the Global Warming Hoax" veröffentlicht. Es kann über www.climateofcorruption.com eingesehen und bestellt werden.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors. (gekürzte Fassung)

Übersetzung: Helmut Jäger, EIKE